

Villach, 27.7.1999

Auskünfte: **Karin Wernig**

Durchwahl: 224

Zahl: **MD-70g/3/99/W**

N i e d e r s c h r i f t N r . 3

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Mittwoch, dem 23. Juni 1999,
um 18.00 Uhr im Rathaus, Paracelsussaal.

T a g e s o r d n u n g

Fragestunde

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens für Ebner Reisen
Gesellschaft mbH
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (1) Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 4.) Aufschließung Gewerbegebiete in Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Walter Lang
- 5.) Grundankauf durch die Stadt Villach von der Raiffeisenbank Landskron/Gegendtal
reg. GenmbH (Gst. 267/2 und 268/2, KG St. Ruprecht)
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 6.) Haus des Feierabends - Gebühr für die Benützung der Münzautomat-Waschmaschine
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 7.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

2. Vizebürgermeister Walter Lang

Stadtrat Richard Pfeiler

Stadtrat Walter Ladstätter

GR Hilde Schaumberger

GR Günther Goach

GR Mag. Gerda Sandriesser

GR Harald Sobe

GR Brigitte Möstl

GR Ewald Michelitsch

für GR Mag. Christine Muttonen

GR Christian Luser

GR Ing. Karl Woschitz

GR Mag. Werner Raup

GR Isidor Scheriau

GR Gerhard Kofler

GR Günther Krainer

für GR Monika Tosin-Mölzer

GR Mag. Heinz Maurer

GR Günther Stastny

GR Ewald Koren

für GR Irene Lackner

GR Hans Leeb

GR Helmut Treiber

GR Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Ecatarina Esterl

GR Monika Obergantschnig

für GR Herbert Hartlieb

GR Ing. Horst Eder

GR Franz Hauer

GR Ing. Gerd Klamt

GR Wally Retzl

GR Ing. Siegfried Andronik

GR Mag. Wolfgang Ilgenfritz

GR Eveline Tilly

GR Roland Zellot

GR LAbg. Sigrid Steinkellner

GR Eleonore Schmoliner

GR Ing. Hubert Angerer

GR Herwig Zussner
 GR Erwin Baumann
 für GR Bernd STEFAN
 GR Martin Taupe
 GR Rudolf Gross
 GR Johann Liesinger
 für GR Andreas Brandenberger
 GR Helga Sacherer
 GR Dr. Josef Löberbauer
 GR DI Günther Geretschläger
 GR Susanne Zimmermann bis 18.20 Uhr
 GR Mag. Hans Haider ab 18.20 Uhr

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
 Baudirektor DI Karl Pühringer
 Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
 Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Für Frau Gemeinderätin Mag. Christine Muttonen (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ewald Michelitsch, für Frau Gemeinderätin Monika Tosin-Mölzer (krank) ist Gemeinderat Günther Krainer, für Frau Gemeinderätin Irene Lackner (beruflich verhindert) ist Gemeinderat Ewald Koren, für Gemeinderat Herbert Hartlieb (Urlaub) ist Frau Gemeinderätin Monika Obergantschnig, für Gemeinderat Bernd STEFAN (beruflich verhindert) ist Gemeinderat Erwin Baumann, für Gemeinderat Andreas Brandenberger (Urlaub) ist Gemeinderat Johann Liesinger und für Frau Gemeinderätin Susanne Zimmermann (ab 18.20 Uhr aus familiären Gründen verhindert) ist Gemeinderat Mag. Hans Haider anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Da gegen die **Tagesordnung** keine Einwendungen erhoben werden, gilt diese als genehmigt.

Als Protokollprüfer werden Gemeinderat Günther Goach (SPÖ) und Gemeinderat DI Günther Geretschläger (ÖVP) bestellt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

F r a g e s t u n d e

Beginn der Fragestunde: 18.03 Uhr

1.) Anfrage von Gemeinderat DI Günther Geretschläger - Congress-Hotel

Gemeinderat DI Geretschläger stellt folgende Anfrage:

„Vor längerer Zeit haben Sie die Möglichkeit eines neuen Hotels in Congresshausnähe erwähnt. Nachdem im letzten Gemeinderat dazu eine Feasibilitystudie in Auftrag gegeben wurde, frage ich Sie: Wie ist der aktuelle Stand der Dinge für ein neues Congress-Hotel?“

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß es in den letzten Jahren einerseits von Kongreß-Veranstaltern, andererseits aber auch von einem sehr international ausgerichteten Teil der Villacher Wirtschaft immer wieder die Aussage gegeben hat, daß es, was ein Qualitätshotel, ein Vier-Sterne-Hotel mit Klimatisierung betrifft, in Villach aus der Sicht dieser Wirtschaftstreibenden einen Nachholbedarf gäbe. Es hat dann Gespräche gegeben und es ist ein Unternehmensberater an die Stadt Villach mit der Frage herangetreten, ob in der Stadt Villach Bedarf für ein Kongreßhotel wäre. Es wurde diesem damals die Situation mitgeteilt und dieser hat dann begonnen, mit Firmen Gespräche zu führen. Über diesen letzten Stand der Gespräche ist er nicht informiert. Er wäre auch nicht befugt, ohne seine Zustimmung hier die entsprechende Auskunft zu geben.

Unabhängig davon hat der Gemeinderat der Stadt Villach eine Machbarkeitsstudie für ein Kongreßhotel in Auftrag gegeben, um auch aus der Sicht der Stadt Villach die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit einem solchen Kongreß- oder Innenstadthotel auszuleuchten. Diese Machbar-

keitsstudie ist eingelangt und sie geht davon aus, daß ein Hotel am Standort Villach, Kongreßhausnähe, wirtschaftlich führbar wäre.

Frau Gemeinderätin Zimmermann (VIG) stellt fest, daß sich das Parkhotel, ein Juwel von Villach, in unmittelbarer Nähe des Kongreßhauses befindet. Das Kongreßhaus wäre von dort aus sehr schnell erreichbar. Laut Aussage der jetzigen Betreiber ist der dritte und vierte Stock in einer Größenordnung von ca. 120 Betten noch nicht vermietet. Hat die Stadt Villach auch daran gedacht, etwaigen Betreibern diese Möglichkeit vorzuschlagen, damit dieser dritte und vierte Stock hoffentlich nicht leer bleiben?

Bürgermeister Manzenreiter ist davon überzeugt, daß auch der dritte und vierte Stock sehr rasch von Pächtern und Einmietern gefüllt werden wird. Es ist bekannt, daß das Parkhotel nach einem Konzept der Stadt Villach und des Landes Kärnten mit der Hotelfachschule gemeinsam wiederbelebt hätte werden sollen. Er muß wohl heute nicht sagen, daß die Stadt Villach bedauert, daß das nicht gelungen ist. Ein doch nicht unerheblicher Teil dieses Gemeinderates hat in einer Resolution beschlossen, daß die Hotelfachschule nach Warmbad kommen soll. Er persönlich und seine Fraktion hat diese Resolution nicht mitgetragen.

Der derzeitige Eigentümer des Parkhotels hat selbstverständlich viele Versuche gestartet, in dieses Haus einen Hotelbetreiber zu bekommen. Selbstverständlich hat auch die Stadt Villach hier nicht nur ideell, sondern hätte wahrscheinlich auch materiell im Sinne einer Wirtschaftsförderung für dieses Haus - über Denkmalförderung und verschiedene andere Dinge - einen Beitrag geleistet. Dem Besitzer, der durchaus über internationale Kontakte verfügt, ist es nicht gelungen, für dieses Haus einen Betreiber zu bekommen, da es in einem derartigen Haus auch erschwerte wirtschaftliche Bedingungen gibt. Das ist die Auskunft, die er bekommen hat. Der Besitzer selbst mit Unterstützung der Stadt Villach hat verschiedene Versuche gestartet. Wirtschaftlich war es nicht möglich. Aus diesem Grund ist es auch gut, daß nunmehr ein anderer Weg gewählt worden ist. Er ist auch der Meinung, daß ein Parkhotel, das mit verschiedenen Einmietern voll ist, vermutlich auf Dauer wirtschaftlich besser abgesichert ist, als mit einem Unternehmen. Aus der Geschichte des Parkhotels ist bekannt, daß es mehr schwierige als leichte Zeiten in der Führung dieses Hauses gegeben hat. Aus diesem Grund hat sich der Eigentümer - und dieser entscheidet allein - entschieden, die Suche nach irgendeinem internationalen oder nationalen Hotelbetreiber aufzugeben. Die Stadt Villach kann seiner Meinung nach auch froh sein, daß aus dem Parkhotel keine Büroräumlichkeiten im Sinne einer Umsiedlung des Rathauses geworden sind.

Gemeinderat DI Geretschläger hält fest, daß in der Tiroler Tageszeitung vom 27. April des heurigen Jahres zu lesen war, daß die Tiroler Firma Gastro-Consult den international ausgeschriebenen Wettbewerb für den Bau des neuen Kongreßhotels Villach mit einem Investitionsvolumen von ATS 130 Mio. gewonnen hat. Nach einer zweijährigen Bauzeit soll der Fertigstellungstermin im Jahr 2001 sein.

Wenn die Firma Gastro-Consult nach einer internationalen Ausschreibung bereits im April 1999 mit der Errichtung des neuen Kongreßhotels beauftragt wurde, wozu mußte dann noch seitens der Stadt Villach eine Feasibility-Studie um ATS 110.000,-- in Auftrag gegeben werden?

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß es sich aus seiner Sicht bei dieser Zeitungsmeldung nur um eine „Ente“ handeln kann.

2.) Anfrage von Frau Gemeinderätin Wally Rettl - Kosten der Inserate zum Rechnungsabschluß 1998

Frau Gemeinderätin Rettl stellt folgende Anfrage:

„Erfahrungsgemäß ist es ausreichend, den Villacher Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses über das Amtsblatt mitzuteilen. Sie haben aus nicht nachvollziehbaren Gründen zusätzlich in diversen Medien ganzseitige Inserate geschaltet, obwohl diese Medien bereits ausführlich über den Rechnungsabschluß berichtet haben. Teilen Sie uns bitte mit, welche Gesamtkosten aus diesen Einschaltungen den Villacher Steuerzahlern entstanden sind.“

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, daß er nicht weiß, wie Frau Gemeinderätin Rettl zu der Aussage kommt, daß es erfahrungsgemäß ausreichend ist. Er ist der Meinung, daß es aufgrund der Erfahrung von Frau Gemeinderätin Rettl für diese ausreichend ist, um sich mit dem Jahresabschluß zu beschäftigen. Ob das auf alle Bürger zutrifft - hier hat er andere Erfahrungen. Er möchte daher gleich zu Beginn dem widersprechen, was Frau Gemeinderätin Rettl behauptet. Er möchte Frau Gemeinderätin Rettl an einem Beispiel erklären, was die Hintergründe für Inserate dieser Form sind, die aber dem Steuerzahler keine Mehrkosten verursachen. Er war jetzt eininhalb Tage lang im Ruhrgebiet und hat dort mehrere Technologieparks besucht - gemeinsam mit der Kärntner Landesregierung. Es wurden dabei auch Jungunternehmer-Gespräche geführt. Ein Jungunternehmer hat dort einige Gründe dafür genannt, warum dieser, aus einem anderen Gebiet kommend, der Meinung war, daß er dort sein Unternehmen mit sieben oder acht Mitarbeitern im High-Tech-Bereich etablieren soll. Der erste Grund, den er genannt hat, war der Zwang zur Veränderung, der im Ruhrgebiet vorhanden war. Man hat gesehen, daß sich dort etwas verändern muß. Er ist der Meinung, daß das auch auf Villach zwar nicht in dem Ausmaß zutrifft, aber daß man auch hier in Richtung einer modernen Wirtschaftsstruktur verändern will.

Der zweite Grund waren die aktiven Netzwerke zwischen den Firmen, die es dort gibt. Er erinnert daran, daß auch in Villach mit dem Elektronik-Cluster ein Netzwerk aufgebaut wurde. Weiters geht es um gute Infrastruktur. Der Gemeinderat wird heute einen Beschluß fassen, um wieder einen Teil der Infrastruktur zu schaffen. Ein weiterer Punkt war das erstarkende Selbstbewußtsein der Menschen in dieser Region. Das trifft seiner Meinung nach auch auf Villach zu. Das Selbstbewußtsein der Menschen in dieser Stadt ist gut. Daher sollte man alles tun, damit die Menschen auch die Information bekommen, daß sie ein gutes Selbstbewußtsein haben können. Es wurde nun bereits zum

dritten Mal eine Bilanz darüber veröffentlicht, was eingenommen wurde, was ausgegeben wurde und was übrig geblieben ist. Bis jetzt hat das niemanden aufgeregt. In diesem Jahr hat sich die Information von den letzten Jahren unterschieden, da die Stadt Klagenfurt genau zu dem selben Zeitpunkt ebenso ihre Bilanz veröffentlicht hat und ATS 75 Mio. Abgang hatte. Die Stadt Villach hatte einen Überschuß von ATS 40 Mio.. Die Zeitungen haben darüber geschrieben und es hat eine gewisse Aufregung gegeben.

Es ist die Aufgabe des Bürgermeisters, im Rahmen des Inseratenkontingents - es ist nicht mehr geschehen - die Bürger zu informieren, daß ihre Stadt besonders leistungsfähig ist und daß sie deshalb auch besonders selbstbewußt sein können. Das schlägt sich überall nieder - am besten auch in einem Wirtschaftsstandort, wie es Villach ist. Die Leute glauben dann an diesen Wirtschaftsstandort und glauben daran, daß ihre Stadt leistungsfähig ist. Das waren die Motive.

Diese Inserate wurden im Rahmen des jährlichen Inseratenaufwandes, der im Gemeinderat beschlossen wird, abgewickelt und haben sich mit ATS 160.612,80 zu Buche geschlagen. Es wurden dadurch aber nicht die Gesamtausgaben, die bereits seit Jahren für die Informationstätigkeit ausgegeben werden, ausgeweitet. Es ist ihm jährlichen Rahmen enthalten. Dafür wurden seit drei Jahren andere Inserate weggelassen.

Frau Gemeinderätin Retzl bedankt sich für die Redeübung. Liegt sie völlig falsch, wenn sie erklärt, daß das Mitteilungsblatt der Stadt Villach an jeden Haushalt dieser Stadt ergeht? Der Bürgermeister ist der Meinung, daß diese Information in anderen Medien auch noch verbreitet werden muß. Sie sieht ein, daß man das Selbstbewußtsein der Bürger stärken muß. Diese Inserate haben jedoch nach ihrer Meinung das Selbstbewußtsein des Bürgermeisters gestärkt. Es steht nirgendwo geschrieben, daß der Voranschlag verbraucht werden muß. Man kann es auch einsparen.

Ist es richtig, daß das Mitteilungsblatt an alle Haushalte dieser Stadt versandt wird?

Bürgermeister Manzenreiter bejaht dies.

Ende der Fragestunde: 18.20 Uhr

Frau Gemeinderätin Zimmermann verläßt um 18.20 Uhr die Sitzung; an ihrer Stelle nimmt Gemeinderat Mag. Haider an der Sitzung teil.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
a) Villacher Qualitätspreis

Bürgermeister Manzenreiter bringt die Mitteilung der Dienststelle Wirtschaft vom 7.6.1999, Zl.: III/W-181/99, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
b) Europawahl 1999 - Endgültiges Ergebnis

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß die Bezirkswahlbehörde der Stadt Villach in ihrer Sitzung vom 14.6.1999 folgendes Wahlergebnis endgültig festgestellt hat:

Abgegebene Stimmen:	19.634	
Ungültige Stimmen:	412	
Gültige Stimmen:	19.222 = 46,1 %	Wahlbeteiligung

ÖVP	2.905	15,11 %
SPÖ	7.529	39,17 %
FPÖ	6.912	35,96 %
Grüne	1.152	5,99 %
LIF	353	1,84 %
CSA	227	1,18 %
KPÖ	144	0,75 %

Weiters wurden 1.688 gültige Stimmzettel mit Vorzugsstimmen abgegeben.

In diesem Zusammenhang möchte er mitteilen, daß bei ihm zahlreiche Beschwerden eingelangt sind, wonach die Wahllokale nicht in dem Ausmaß besetzt worden sind, wie das von den Parteien zugesagt worden ist. Es bezieht

sich das vor allem auf die FPÖ. Er möchte dazu auch einen Brief von Gemeinderat a.D. Bernhard Plasounig verlesen, der seit vielen Jahrzehnten bei den Wahlen mitarbeitet. Dieser schreibt: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Herbst 1974 bei den Nationalratswahlen habe ich mich bereits das erste Mal für die Allgemeinheit als Beisitzer in einem Wahllokal zur Verfügung gestellt. Wenn aber zum wiederholten Mal Beisitzer der FPÖ, wie bei der EU-Wahl, nicht erscheinen, dann möchte auch ich nach 25 Jahren ununterbrochener Anwesenheit bei allen Wahlen meine Funktion als Wahlleiter zurücklegen. Ich ersuche um Kenntnisnahme und Streichung aus der Liste der Wahlhelfer.“ Dies ist seiner Meinung nach ein Trend, dem man Einhalt gebieten muß. Wenn jetzt die, die seit 25 Jahren bei jeder Wahl ihren Dienst versehen, die Segel streichen, weil sie feststellen, daß die Beteiligung in den Wahllokalen nicht in dem Ausmaß gegeben ist, wie das den demokratischen Notwendigkeiten entspricht, dann bittet er, daß die Parteien, die ihre Wahlhelfer, Beisitzer und Wahlleiter nicht am jeweiligen Wahltag in die Lokale bringen, sich vornehmen, für die Zukunft den Wählern und damit auch den Wahlleitern so etwas nicht mehr anzutun.

Vizebürgermeister Lang übernimmt den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte sich zu diesem Punkt auch als geschäftsführende Vorsitzende der SPÖ in Villach zu Wort melden, da der Brief des Herrn Plasounig vielen Menschen aus der Seele spricht, mit denen sie am Wahlsonntag - aber nicht erst an diesem, sondern auch an vergangenen Wahlsonntagen - zu tun hatte. Sie ist der Meinung, daß in Villach die Demokratie in sehr großem Ausmaß durch die Parteien getragen wird. Dies geschieht im Positiven, wenn es darum geht, Listen erstellen zu dürfen, Mandate zu bekommen und Regierungsfunktionen verteilen zu können. Deshalb ist es notwendig, daß auch dann, wenn es um ehrenamtliches Mitwirken im Sinne der Demokratie und im Sinne einer bürgerfreundlichen Wahlabwicklung geht, alle Parteien und vor allem die, die Stimmen gewinnen wollen und Mandate besetzen wollen, zur Stelle sind. Sie ist der Meinung, daß dieser Beitrag der Parteien seit dem 2. Weltkrieg in Österreich und speziell hier in Villach sehr gut funktioniert hat. Seitens der SPÖ gibt es viele Menschen, die seit über 40 Jahren jeden Wahlsonntag von Früh bis Nachmittag und jetzt auch bis spätabends ehrenamtlich als Wahlvorsitzende oder als Beisitzer eines Wahllokales zur Verfügung stehen, um die Wahl korrekt abzuwickeln. Das kann auf Dauer nur funktionieren, wenn alle Parteien - und ganz besonders die Regierungsparteien - dieser Verantwortung Folge leisten. Wenn es einzelne Menschen gibt, die unzuverlässig sind oder krank werden, ist dies kein Thema. Es dürfte aber System haben, daß bei den Freiheitlichen drei oder vier Wahllokale nicht besetzt waren oder Wahlleiter und Beisitzer bereits zu sehr früher Stunde ihren Posten verlassen haben. Das

ist unfair allen anderen gegenüber, die sich an jedem Wahlsonntag - zum Teil seit über vier Jahrzehnten - zur Verfügung stellen. Es gibt in Großstädten schon länger diesen Trend und dort müssen die Städte zum Teil mit Millionenaufwand Menschen bezahlen, die es anstelle der Parteien durchführen. Es wäre für Villach ein Armutszeugnis, wenn man in diese Richtung gehen müßte. Sie möchte für die SPÖ-Fraktion feststellen, daß diese alles daran setzen wird, auch weiterhin ihre Mitarbeiter und ihre Basis so zu mobilisieren, daß man bereit ist, diesen ehrenamtlichen Beitrag für die Abwicklung demokratischer Wahlen in Österreich zu leisten.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Mag. Raup bittet, daß beispielsweise im Wahlsprengel von Vizebürgermeister Lang diese Dinge in Ordnung gebracht werden. Es könnte durchaus so sein, daß beim Auszählen der Stimmen vier SPÖ-Mandatare anwesend sind und kein Mandatar der anderen Partei. Man könnte dann diesen theoretisch unterstellen, daß das Auszählen der Stimmen sehr monocolor gewesen sei. Er bittet, daß diese Positionen in Zukunft auch besetzt werden. Es ist damals unter Gemeinderat Kaufmann gegangen; es müßte auch jetzt, da die FPÖ-Fraktion 35 % gewonnen hat, möglich sein. Es müßten aus dieser Stimmenzahl doch Menschen zu rekrutieren sein, die sich an diesem Tag zur Verfügung stellen. Oder stimmt das, was er unlängst in einem Blatt, das sich mit der Meinungsforschung beschäftigt, gelesen hat? Dort war zu lesen, daß die FPÖ-Wähler nur in der Wahlzelle bekennd sind.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt fest, daß die Vorgangsweise, die nun von der Mehrheitsfraktion gewählt wurde, bezeichnend ist. Wenn der Bürgermeister aufgrund eines Vorfalles das Problem aufzeigt, dann ist es ein Fall gewesen. Wenn es mehrere sind, ist Stadtrat Pfeiler als Gemeindewahlleiter aufgefordert, den Parteien die Mißstände mitzuteilen. Es ist festzuhalten, wer nicht anwesend war und warum dieser nicht anwesend war. Die Wahlleiter werden dies wohl gemeldet haben. Es muß aufgezeigt werden, wo dies geschehen ist. Gemeinderat Mag. Raup hat bereits erklärt, daß beim Auszählen vielleicht wirklich nur monocolore Wahlkommissionen anwesend sein könnten. Er war hier und er weiß, daß dies der Fall war. Er wird aber nicht sagen, wo dies geschehen ist.

Gemeinderat Ing. Eder führt aus, daß es nicht nur einen Fall gegeben hat. Auch in seiner Nachbarsektion, im Kindergarten St. Leonhard, war kein Wahlbeisitzer anwesend. Dieser ist einfach nicht gekommen. Es kann nicht so sein, daß die SPÖ die Arbeit macht und von der FPÖ niemand präsent ist.

Frau Gemeinderätin Esterl hält fest, daß im Kindergarten Auen nicht nur kein Beisitzer von der FPÖ anwesend war, sondern auch überhaupt kein Beisitzer genannt worden ist. Dies ist somit bereits der dritte Fall.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner hält fest, daß diese Wahl in eine Zeit gefallen ist, in der viele Menschen auf Urlaub waren. Es gibt auch Menschen, die kurzfristig erkrankt sind oder aus gewissen Gründen nicht kommen konnten. Die FPÖ hat überall Wahlleiter und Walleiter-Stellvertreter gestellt. Aufgrund der guten Wahlergebnisse in der letzten Zeit hat die FPÖ zum Glück genügend Personen. Es tut ihr leid, daß es in zwei oder drei Wahllokalen nicht 100%ig geklappt hat. Sie bittet, ihr die drei Wahllokale schriftlich bekanntzugeben. Sie wird der Sache nachgehen und sie verspricht hiermit, daß das bei der kommenden Wahl am 3. Oktober nicht mehr geschehen wird. Sie sitzt selbstverständlich ebenfalls in einem Wahllokal. Es ist nicht so, daß sich die FPÖ-Wähler nur in einem Wahllokal bekennen. Ganz im Gegenteil - sie bekennen sich ganz offen dazu. Daß man nun aus dieser Sache heute im Gemeinderat ein politisches Spiel hochzieht, ist bezeichnend für die Villacher SPÖ.

Sie verspricht, daß es bei der nächsten Wahl klappen wird. Sie kann aber keine Garantie dafür übernehmen, daß nicht der eine oder der andere kurzfristig ausfallen kann. Es sind alle Parteien vertreten und zum Glück waren in Villach alle Wahllokale beschlußfähig. Es sitzen in allen Wahllokalen freiheitliche Wahlleiter, Wahlleiter-Stellvertreter oder Beisitzer. Von der ÖVP gibt es Vertrauenspersonen und ebenfalls einige Wahlleiter. Sie ist der Meinung, daß es zu beinahe 99,9 % abgedeckt wurde. Sie bittet Stadtrat Pfeiler höflich, ihr einen Zettel zu überreichen, auf dem diese drei Wahllokale aufscheinen.

Gemeinderat Zellot führt aus, daß es im großen und ganzen sehr erfreulich ist, daß die Diskussion offen geführt wird. Bedenklich ist jedoch, daß man immer nur einen nennt oder beschuldigt. Alle Fraktionen, die an den Wahlen teilnehmen, sind davon betroffen. Einmal ist einer nicht da und einmal ist ein anderer nicht da. Wenn jemand nicht gekommen ist, ist das nicht in Ordnung. Es gibt nun eine Diskussion, damit dies in Zukunft verbessert wird. Der ÖVP-Funktionär und ehemalige Gemeinderat Plasounig hat einen Brief geschrieben. Auch ihn selbst bedrückt es, daß - auch von den anderen Parteien - viele Wahlzeugen nicht kommen und nicht ihre 50 % Tätigkeit ausüben und trotzdem ihr Geld auf das Konto bekommen. Es wurde aufgezeigt, daß einige Wahlbeisitzer der FPÖ nicht gekommen sind. Die FPÖ gesteht den Fehler ein. In Maria Gail sind die Hälfte der Beisitzer nicht ein-

mal gemeldet worden; diese waren auch nicht anwesend. Auch das muß überprüft werden. Man war jedoch beschlußfähig und man hat gearbeitet. Wenn man die Fehler der FPÖ aufzeigt, muß man seine Angelegenheiten selbst zu 100 % in Ordnung haben.

Stadtrat Pfeiler möchte als Gemeindewahlleiter, der einen Großteil des Tages unterwegs war und sich auch in den Wahllokalen aufgehalten hat, einige Worte dazu sagen. Es ist nicht wahr, daß diese Entschädigung für Nichtarbeit und Nichtanwesenheit ausbezahlt wird. Es ist zumindest die Hälfte der Anwesenheit erforderlich. Der Wahlleiter trägt vor Ort die Verantwortung, damit die Mitarbeit mindestens zur Hälfte des Tages gegeben ist. Erst dann wird dieser Betrag zur Auszahlung gebracht.

Es ist tatsächlich so, daß sich Menschen in der Stadt ehrenamtlich - gegen eine kleine Entschädigung - zur Verfügung stellen, um das demokratische Gemeinwesen aufrecht zu erhalten. Man könnte es sich kaum leisten, diese Arbeit zu bezahlen. Es kommt selbstverständlich da und dort vor, daß irgendwo jemand ausfällt und daß man einen Ersatz bringt. Faktum ist aber - das war bei dieser Wahl in besonderem Maße feststellbar und es wird ein derartiger Vermerk auch an die FPÖ ergehen -, daß es bei dieser Wahl bei den Freiheitlichen offensichtlich System gehabt hat, daß Mitglieder ausfallen. Er könnte drei weitere Beispiele, die ihm persönlich bekannt sind, aus seinem Bereich hinzufügen. Es ist beispielsweise seines Wissens im städtischen Altersheim ein Wahlleiter-Stellvertreter der FPÖ nicht erschienen - zumindest nicht bis 13.00 Uhr. Er wird der Sache nachgehen, ob dieser später noch gekommen ist. Auch im Sanatorium hat es derartige Probleme gegeben.

Wenn man Demokratie ernst nimmt, kann dort und da zwar etwas passieren, es kann aber nicht systematisch dazu kommen, daß die einen für die Aufrechterhaltung der Wahl zuständig sind und die anderen es sehr leicht oder überhaupt nicht ernst nehmen. Es wird diesbezüglich von ihm auch eine entsprechende Liste an die FPÖ ergehen. Was die Nennung der Beisitzer, der Wahlleiter und der Wahlleiter-Stellvertreter anlangt, so weiß er, daß es bei der Besetzung der Beisitzer-Stellvertreter dort und da Probleme gegeben hat. Die ordnungsgemäßen Beisitzer wurden jedoch zumindest von allen genannt, wenn auch einige von der FPÖ nicht erschienen sind. Alle Wahllokale waren aber beschlußfähig.

Frau Gemeinderätin Schaumberger ist der Meinung, daß das Thema nicht an Beispielen aufzumachen ist, sondern daß es insgesamt darum geht, wie ernst man die Arbeit für die und in der Demokratie nimmt. Das möchte sie heute an zwei Beispielen aufzeigen. Es geht nicht um die EU-Wahl alleine. Es hat dies bereits vorher gegeben; es ist nur jetzt ein Anlaßfall.

Es geht nicht um einzelne Wahllokale und es geht nicht um irgendwelche Krankheiten. Es weiß jeder hier, wie ein Wahllokal besetzt wird. Jeder Beisitzer hat einen Ersatzmann und wenn der eine wirklich krank ist, dann kommt der andere. Es kommt sehr selten vor, daß zwei krank werden. In den Wahlen hat sich folgendes immer wieder abgespielt: Entweder hat man von den Beisitzern nicht einmal eine Unterschrift bekommen oder es hat geheißen: „Mich hat niemand gefragt. Ich will nicht mehr.“ Oder sie sind überhaupt nicht gekommen. Oder sie sind einfach irgendwann einmal grußlos gegangen und nicht wieder erschienen.

Sie ist der Meinung, daß es um Arbeit in der Demokratie und an der Demokratie geht. Dem kann man mit Zynismus, mit Populismus, aber auch mit Anwürfen nicht entgegen, sondern dem muß man anders entgegen.

Sie möchte aber auch ein zweites Beispiel dafür anführen, wie die FPÖ Arbeit in und an der Demokratie ernst nimmt. Es gibt immer wieder in den Gemeinderatssitzungen eine sogenannte § 74-Verfügung und immer wieder wird sie auch - besonders von der FPÖ - zum Anlaß genommen, um irgendjemandem aus der SPÖ eines am Zeug zu flicken. Es hat sich herausgestellt, daß gerade diese § 74-Verfügungen zum Großteil darauf zurückzuführen sind, daß Arbeit nicht geleistet worden ist - beispielsweise von Vizebürgermeister Lang. Als Vorsitzende des Schulausschusses hat sie sich in den letzten Tagen erkundigt, wann in Villach denn endlich die Bezirksschulrats-Sitzung stattfinden wird. In allen anderen Bezirken ist das schon geschehen. Sie hat erfahren, daß die Nominierungen erstens sehr spät - mittels Fax -erfolgt sind und daß zweitens seitens der FPÖ niemand in der Lage war, die Unterschriften der Elternvertreter beizubringen. Bei den Elternvertretern handelt es sich um Gemeinderäte und deren Frauen. Das ist auch ein Faktum dafür, wie man die Arbeit sieht. Der Bürgermeister hat in seiner Fragebeantwortung gesagt, daß es in Villach stolze Bürger gibt. Diese können auch stolz sein. Es gibt in Villach eine entscheidungsfähige und entscheidungswillige Mehrheit. Andernfalls könnte man in vielen Bereichen in Verzug geraten - auch im Bezirksschulrat -, gäbe es nicht den Bürgermeister mit der § 74-Verfügung.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner führt aus, daß sie bereits eingangs ersucht hat, ihr die Mißstände mitzuteilen. Frau Gemeinderätin Schaumberger macht heute aus einem Mückenei einen Elefanten. Die gesamte Debatte ist heute an den Haaren herbeigezogen. Die FPÖ-Fraktion hat erklärt, daß sie dem nachgehen wird. Es würde ihr nicht im Schläfe einfallen, hier herauszugehen und zu sagen: „Ich könnte Beweise bringen, daß es in Wahllokalen der Stadt Villach viele gemeldete Beisitzer der SPÖ gibt, die zum Großteil nicht diese 50 % Zeit dort absitzen.“ Sie wäre nicht auf die Idee

gekommen, das zu sagen. Das ist eine Lächerlichkeit, eine Kleinlichkeit. Man sollte das heute in dieser Gemeinderatssitzung nicht aufhängen.

Frau Gemeinderätin Rettl stellt fest, daß behauptet wurde, diese Vorgangsweise der FPÖ, keine Wahlbeisitzer mehr zu entsenden, hätte System. Dazu ist festzuhalten, daß das, was die SPÖ-Fraktion nun macht, System hat. Dieses System fängt mit Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher an. Diese hat in der Zeitung den Plakatwahnsinn der FPÖ kritisiert. Wenn sie sich an die Ossiacher Zeile erinnert, dann war dort ein rotes Plakat nach dem anderen. Sie selbst ist überhaupt gegen den Plakatwahnsinn sämtlicher Fraktionen. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher regt sich über den eigenen Plakatwahnsinn auf und schiebt den frech der FPÖ in die Schuhe. Das hat System. Es stehen Nationalratswahlen vor der Tür und das beginnt nun damit.

Auch zu den Wahllokalen und den Wahlleitern möchte sie etwas sagen. Es hat auch bei der SPÖ bei den Wahlleitern etwas System, das sie nie mitgetragen hat. Es ist dies die Tatsache, daß man das Protokoll vorher zum Unterschreiben bekommt, und zwar unter dem Titel „Das haben wir immer so gemacht, das machen wir immer so und das paßt schon so“. Auch das muß einmal gesagt werden.

Dieser Gemeinderat ist nicht dazu da, um jetzt die Wahl abzuhandeln. Dazu könnte man eine eigene Sitzung abhalten oder es mit den Fraktionen besprechen. Man sollte aber nicht eine Gemeinderatssitzung, bei der wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, für so kleinliche und lächerliche Streitereien verwenden.

Sie stellt nun den Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ- und der VIG-Fraktion),

den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß die Frau Landesbäuerin in Ruhe, Frau Gemeinderätin Schaumberger, im Zusammenhang mit Vizebürgermeister Lang davon gesprochen hat, daß hier nicht gearbeitet wird und daß der Bürgermeister darum die § 74-Verfügungen unterschreiben muß. Es findet am Montag eine Bauausschußsitzung statt. Auch dort wird ein Bericht gemäß § 74 des Villacher Stadtrechtes behandelt. Der Bürgermeister hat die Vorgenehmigung erteilt und hat den Amtsvortrag auch in Vertretung

des Baureferenten unterschrieben. Die Vorgenehmigung mußte erteilt werden, da die Herrschaften nicht in der Lage sind, den ordnungsgemäßen Weg einzuhalten: Bauausschuß, Haupt- und Finanzausschuß, Stadtsenat. Der Bericht wird erst am Montag im Bauausschuß behandelt. Die § 74-Verfügungen, die im Gemeinderat behandelt werden, betreffen ausschließlich den Referatsbereich der Mehrheitsfraktion.

Gemeinderat Mag. Raup ist ebenfalls der Meinung, daß man im Gemeinderat nicht über Kleinigkeiten sprechen soll und daß man hier nicht aufrechnen soll. Er weiß jedoch nicht, welcher Tagesordnungspunkt wichtiger ist - ob die vollständige Besetzung einer demokratischen Wahlkommission wichtiger ist oder die Benützung eines Waschautomaten und die Gebühr dafür. Er ist davon überzeugt, daß die Senioren im Haus des Feierabends sehrwohl imstande sind, diese Dinge zu entscheiden. Seiner Meinung nach müßte der Gemeinderat damit nicht unbedingt beschäftigt werden. Wenn man aber darüber spricht, dann ist für ihn die Besetzung der Wahlkommission und der demokratische Wahlvorgang wesentlich wichtiger, als das, was am Schluß der heutigen Tagesordnung behandelt werden wird.

Auch er ist der Meinung, daß die Plakatwände nicht sehr schön sind und daß diese das Stadtbild nicht zieren. Alle Parteien sind davon betroffen. Wenn man jedoch der SPÖ vorwirft, daß diese die Ossiacher Zeile verschandelt, dann muß er fragen, was schlimmer ist: Wenn die SPÖ während der Wahlzeit die Ossiacher Zeile verklebt oder wenn die FPÖ einen Monat nach der Wahl noch die großen Wahlplakate stehen hat.

Gemeinderat Dr. Löberbauer führt aus, daß er seit seinem 22. Lebensjahr, somit seit 27 Jahren, ein politisch engagierter Mensch ist. Er hat dort und da mitgearbeitet. Wenn man sich politisch engagiert, sammelt man Erfahrungen. Im Laufe dieser vielen Jahre war er manchmal auf der Siegerseite und war auch sehr oft auf der Verliererseite. Das ist in einer Demokratie so. Wenn man sich für ein politisches Leben entscheidet und für die Gemeinschaft arbeiten will, gehört das dazu. Das Gewinnen oder das Verlieren einer Wahl alleine ist nicht entscheidend. Es ist sehr schön zu gewinnen, aber wenn man verloren hat, muß man am nächsten Tag zu den Menschen genauso freundlich sein und seine Arbeit machen und das tun, was zu einer Demokratie gehört; aus diesem Grund geht man ja schließlich in die Politik. Er möchte nun darüber nicht parteibezogen diskutieren. Man muß die Struktur der Wählerentwicklung in den letzten Jahren betrachten. Eine Partei wächst schnell, hat einen großen Zulauf. Eine andere Partei hat schon einmal mehr Wähler gehabt und hat jetzt weniger. Man hat vielleicht sogar einen Mitarbeiter-Überhang. Nach einer Niederlage muß man die Menschen, die einem helfen, erst motivieren. Das Gewinnen alleine ist somit nicht entschei-

dend - so schön es auch ist. Es gehört auch zur Demokratie, daß man für die Wahl arbeitet und nicht nur im Wahlkampf. Es ist dies Knochenarbeit, aber es gehört dazu. Er schließt nicht aus, daß da und dort vielleicht ein Mitarbeiter der ÖVP zu früh gegangen ist. Er hat auch Verständnis für die FPÖ. Diese Partei hat sehr große Wahlerfolge und ist sehr schnell gewachsen. Wie soll man dann plötzlich die Struktur haben?

Es ist ein Faktum, daß man sich als Außenstehender oder als Quereinsteiger zu einer Partei die Politik viel leichter vorstellt. In Wahrheit ist Politik Knochenarbeit. Wenn man 55 Jahre lang kein politischer Mensch war, dann kann man nicht plötzlich mit dem 57. Lebensjahr ein politischer Mensch sein, wenn man vorher von der Politik immer nur gebraucht hat. Wenn man eine Funktion übernimmt, dann muß man eine Wahl ordentlich vorbereiten. Auch das gehört dazu. Er bittet, daß man im Sieg und in der Niederlage dazu steht, daß es nicht immer angenehm ist und daß es oft viel Fleiß erfordert, einfach für die Demokratie zu arbeiten. Man muß auch akzeptieren, wenn die Parteioberfrau der FPÖ sagt, daß sie das korrigieren wird und daß das in Zukunft nicht mehr geschehen wird. Es ist passiert und abgehandelt. Die FPÖ gewinnt nun schon seit langer Zeit Wahlen. Irgendwann einmal muß man auch die Knochenarbeit machen.

Gemeinderat Mag. Ilgenfritz stellt fest, daß heute vermutlich aufgrund der relativ großen Zeitmöglichkeiten eine sehr unsachliche Diskussion geführt wird, die nur dazu dient, die FPÖ-Fraktion anzuputzen. Es werden keine konkreten Zahlen genannt, wie viele Beisitzer tatsächlich von den einzelnen Parteien nicht anwesend waren. Es wird nur pauschal behauptet, daß die FPÖ am meisten Stellen nicht besetzt hätte. Er fordert die SPÖ auf, Zahlen zu nennen.

Für eine sachliche Diskussion müßte auch festgestellt werden, ob wirklich nicht entschuld bare Gründe vorliegen. Es ist nicht in Ordnung, wenn Funktionen angenommen werden und diese nicht ausgeübt werden. Dies betrifft jedoch nicht nur die FPÖ; davon sind sicherlich auch die anderen Parteien betroffen. Es müssen jedoch Zahlen auf den Tisch gelegt werden. In dieser Form kann die Diskussion nicht geführt werden.

Wenn der ehemalige Gemeinderat Plasounig frustriert ist, dann versteht er das auch. Dieser soll jedoch nicht der FPÖ die Schuld geben, wenn er Funktionen zurücklegt, sondern soll die wahren Gründe nennen. Er hat mit Herrn Plasounig persönlich ein Gespräch geführt. Dieser ist mit der Vorgangsweise seiner eigenen Partei und mit der Art, wie dieser behandelt wurde, nicht zufrieden. Weil Herr Plasounig auch die Funktion als Wahlleiter nicht mehr ausüben will, will dieser der FPÖ die Schuld zuschieben. Das findet er per-

sönlich nicht besonders schön. Herr Plasounig soll die wahren Gründe nennen.

Betreffend die Plakatstände möchte er vermerken, daß nicht die FPÖ es war, die zu früh Plakatstände aufgestellt hat. Das war die SPÖ. Die FPÖ holt ihre Plakatstände auch rechtzeitig wieder herein.

Gemeinderat Gross hält zur Aussage von Gemeinderat Mag. Ilgenfritz fest, daß Herr Plasounig ihn vorgestern angerufen und ihn mit der Situation konfrontiert hat. Herr Plasounig hat erklärt, daß es bereits seit einigen Wahlen geschieht, daß ein Mitarbeiter der FPÖ nicht mitarbeitet, wie es in der Demokratie eigentlich vorgesehen ist. Daß Gemeinderat Mag. Ilgenfritz Herrn Plasounig heute als einen Abtrünnigen der ÖVP darstellt, das verbietet er Gemeinderat Mag. Ilgenfritz. Man wird ein 6-Augen-Gespräch darüber führen und Gemeinderat Mag. Ilgenfritz wird sich hier im Gemeinderat für seine Aussage entschuldigen. Er fordert Gemeinderat Mag. Ilgenfritz auf, mit Herrn Plasounig und ihm ein Gespräch zu führen. Die Art, wie Gemeinderat Mag. Ilgenfritz hier mit Leuten umgeht, die nicht anwesend sind, hätte er diesem nicht zugetraut.

Vizebürgermeister Lang übernimmt den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte noch einmal kurz auf einige Punkte eingehen, bevor sie einen fundierten sachlichen Beitrag in Sachen Vorgenommene bringen wird. Wenn einige Mandatare der FPÖ versuchen, die Sache als nicht wichtig und völlig überzogen darzustellen, dann muß sie dazu feststellen, daß Menschen, die seit über 40 Jahren jeden Wahlsonntag verlässlich von früh bis spät im Interesse der Demokratie zur Verfügung stehen, nun böse sind, weil sie sagen: „Wie kommen wir überhaupt dazu, daß wir jahrzehntelang diesen ehrenamtlichen Job machen? Andere machen es sich leicht und ignorieren das und kommen nicht einmal“. Das ist für sie keine Kleinigkeit. Sie sieht damit die Basisdemokratie, die in jeder Stadt gebraucht wird, und das Engagement von Menschen, das in jeder Stadt gebraucht wird, in Frage gestellt. Sie würde Gemeinderat a.D. Plasounig und auch die anderen Menschen, die in den Wahllokalen erklärt haben, daß es ihnen reicht und daß sie nicht mehr kommen, wenn die Freiheitlichen jetzt schon zum zweiten Mal nicht einmal kommen, bitten, das nicht zu tun, da sie der Meinung ist, daß damit genau das geschieht, was rundherum geschieht - daß die Parteienfrustration wieder einmal mehr aufgestachelt wird und daß die Bürger immer weniger Vertrauen in die Parteien haben. Die Bürger sollten auf längere Sicht unterscheiden können, auf welche Parteien sie wirklich bauen können - auch bei Dingen, die nicht

bezahlt sind und die nicht populär sind und die nicht nach außen verkaufbar sind.

Der Bürgermeister hat zu Parteiengesprächen eingeladen, um die Frage der Plakatierung möglichst im Gleichklang zwischen den Parteien zu regeln. Der Vertreter der FPÖ mußte sich leider entschuldigen. Alle anderen Parteien waren aber anwesend und man hofft, daß es gelingen wird, in dieser Frage dem Bürgermeister einen Vorschlag für Villach vorzulegen, an den sich hoffentlich auch wirklich alle Parteien schon bei der nächsten Wahl halten.

Frau Gemeinderätin Schaumberger wurde als „Landesbäuerin in Ruhe“ bezeichnet. So wenig in Ruhe, wie es Frau Gemeinderätin Schaumberger ist, sind wohl wenige Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat.

Sie möchte noch ein Beispiel untermauern, weil es auch dabei wieder so laufen wird, daß Gemeinderat Ing. Andronik bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu Recht kommen wird und sagen wird: „Schweinerei, in den Referatsbereichen der SPÖ-Referenten gibt es dauernd Vorgenehmigungen.“ Sie hat einen Antrag auf Vorgenehmigung gestellt und der Bürgermeister hat diesem Antrag zum Glück Rechnung getragen. Dieser hat eine Vorgenehmigung in der Frage des Bezirksschulrates erteilt. Die Wahl zum Kärntner Landtag war am 7. März. Seit damals hatten die Parteien Zeit, ihre Lehrer- und Elternvertreter für den Landesschulrat und für die Bezirksschulräte zu nominieren. Mit Vorgestern waren von den freiheitlichen Vertretern für die Elternvertreter im Villacher Bezirksschulrat noch immer nicht die Einverständniserklärungen auf dem Tisch. Man hat mit dem Bürgermeister entschieden, daß der Amtsvortrag, der möglich macht, daß sich der Bezirksschulrat konstituiert, von ihr unterschrieben und vom Bürgermeister vorgehenmigt wird. Damit wird sichergestellt, daß der Bezirksschulrat Villach-Stadt, bei dem es um wesentliche Schulentscheidungen geht - drei große Hauptschulen sind zu besetzen -, noch vor dem Sommer tagen kann und damit mit Schulbeginn im Herbst auch die neuen Direktoren ihre Schulen führen können. Es gäbe ein großes Chaos in drei großen Schulen und in einer Volksschule, wenn der Bezirksschulrat vor dem Sommer nicht mehr zusammenkommen könnte und eine Übergabe im November oder Dezember stattfinden müßte, nur weil vier freiheitliche Elternvertreter - auch Gemeinderäte und deren Gattinnen sind darunter - nicht die Zustimmungserklärungen, die Schulbesuchsbestätigungen und die Meldebefestigungen vorlegen. In den letzten drei Tagen ist dies offensichtlich doch noch erfolgt, nachdem sie im Stadtsenat die FPÖ gebeten hat, das dringendst nachzuholen. Mit heutigem Tag dürfte es erfolgt sein.

Sie möchte aber auch noch einen Brief zitieren, den sie von der Kärntner Landesregierung - Landeshauptmann Dr. Haider ist Schulreferent - am

21. Juni erhalten hat. Mit vorgestrigem Datum, zu dem noch nicht alle FPÖ-Zustimmungserklärungen da waren, schreibt die Schulabteilung des Landes Kärnten an die Stadt Villach: „Gemäß Landesschulaufsichtsgesetz sind acht Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates mit beschließender Stimme zu bestellen. Der Gemeinderat hat nach den Vorschlägen der Landesregierung dies zu vollziehen. Den Vorschlägen der Landesregierung sind Anträge der aufgrund eines Wahlvorschlages derselben Partei gewählten Mitglieder des Landtages zu Grunde zu legen. Die Bestellung durch die Gemeinden muß acht Wochen nach Einlangen der Vorschläge der Landesregierung erfolgen.“ Im nächsten Absatz ist festgehalten: „Im Hinblick darauf, daß die Bestellung und Entsendung der neuen Mitglieder der Kollegien innerhalb von drei Monaten nach dem Zusammentritt des neu gewählten Landtages zu erfolgen hat, wird ersucht, die Acht-Wochen-Frist nicht verstreichen zu lassen, sondern die Bestellung ehestmöglich vorzunehmen und der Abteilung 6, Schulwesen, zu melden.“ Das ist die Realität, wenn man für die Sache kämpft, in dem Fall für Tausende Schüler kämpft und für eine ordnungsgemäße Schulpolitik kämpft. Es ist auf der anderen Seite die Realität, daß man Monate nach der Wahl, Monate nach der Konstituierung des Landtages nicht in der Lage ist, die ordnungsgemäße Nennung und alle formalen Notwendigkeiten für den Bezirksschulrat vorzulegen. Wahrscheinlich wird Gemeinderat Ing. Andronik sie und den Bürgermeister wieder kritisieren. In diesem Fall hat man aber Landeshauptmann Dr. Haider und seiner Abteilung den kleinen Gefallen getan, daß man die acht Wochen nicht abwartet, sondern daß mit der Vorgenehmigung, die bereits unterschrieben ist, morgen die Schulabteilung des Landes diesen Brief auf dem Tisch haben wird. Man kann dann den Bezirksschulrat konstituieren.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß dieses Thema seit vielen Jahren nach Wahlen immer wieder diskutiert wird. Es wird so diskutiert, wie er das bereits eingangs festgehalten hat. Die Menschen, die sich der Demokratie am Wahltag zur Verfügung stellen, haben das Gefühl, daß eine Partei ihre Beisitzer-Besetzungen nicht so vornimmt, daß das zur Zufriedenheit und zur Akzeptanz bei den anderen Parteien führt. Wenn man den Brief verfolgt, den Gemeinderat a.D. Plasounig geschrieben hat, dann geht dieser nicht davon aus, daß einmal etwas passiert ist, sondern daß seit vielen Jahren wiederholt eine Partei ihrer Aufgabe nicht nachkommt. Er hat dies heute im Gemeinderat aktualisiert, weil bisher alle nur geschimpft haben; jetzt hört aber jemand auf, weil dieser sich das nicht mehr gefallen läßt. Das muß Anlaß sein, um diese Frage ernst zu nehmen. Es sollte dafür gesorgt werden, daß die Dinge beim nächsten Mal in Ordnung gebracht werden.

Ein Wahlbeisitzer bei einer Nationalratswahl, der einen ganzen Tag opfert, zu einer Schulung und Angelobung geht und noch Zeit opfern muß, weil er dort und da Unterschriften einholen muß, bekommt ATS 350,--. Man sollte sich daher - ob dieser jetzt drei Minuten früher geht oder fünf Minuten später kommt - über diese Bürger nicht alterieren. Es wurde seitens der FPÖ-Fraktion erwähnt, daß die Leute vielleicht nicht genau die Hälfte der Zeit über geblieben sind. ATS 350,-- reichen gerade für die Jause und das Mittagessen für diesen Tag, denn auch das wird nicht zur Verfügung gestellt. Darüber sollte man daher nicht diskutieren. Man sollte anerkennen, daß sich zum Glück noch immer so viele zur Verfügung stellen.

Es wird im Herbst eine Nationalratswahl stattfinden. Er bittet, daß von allen Parteien die Anwesenheitspflicht im Wahllokal ernst genommen wird. Von der größeren Zahl der Parteien wird das sehr ernst genommen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

c) Mehrzweckhaus Maria Gail - Schlußbericht

Bürgermeister Manzenreiter bringt den Schlußbericht der Dienststelle Hochbau vom 19.5.1999, Zl.: Pre/Re, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Verleihung des Rechtes zur Führung des
Villacher Stadtwappens für Ebner Reisen
Gesellschaft mbH

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 20.5.1999, Zl.: OPC/B-50a/77/3/99.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g :

Der Familie Ebner Reisen Gesellschaft mbH, vertreten durch Frau Gerlinde Osinger, Heiligengeist 18, 9500 Villach, wird die Berechtigung zur Führung des Stadtwappens gemäß § 18 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998, LGBL.Nr. 69/1998, verliehen.

Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form verwendet werden.

Die für die Verleihung zu entrichtende Gemeindeverwaltungsabgabe wird gemäß § 4 Abs. 1 des Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetzes, LGBL.Nr. 62/1970 i.d.g.F., nachgesehen.

Pkt. 3.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (1)
Villacher Stadtrecht 1998

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 7.6.1999.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von ATS 35.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Pkt. 4.) Aufschließung Gewerbegebiete in Villach

Vizebürgermeister Lang berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 9.6.1999, Zl.: 21-0009 Ps/Mö.

Er hält fest, daß in den letzten Jahren in dieser Stadt sehr viel über die Aufschließung der Gewerbegebiete gesprochen worden ist. Es ist auch sehr viel darüber gesprochen worden, daß es Staus in den verschiedensten Straßen gibt - vor allem in der Ossiacher Zeile, in der Burgenlandstraße und auch in der Ludwig-Walter-Straße. Es ist bekannt, daß seit Jahren in Villach ein Verkehrsaufkommen vorhanden ist, das von Fachleuten für das Jahr 2005 prognostiziert wurde. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 15.10.1997 die Aufschließung der Gewerbegebiete in Villach durch Beschluß freigegeben. In den letzten Monaten wurde in einer Projektgruppe, in der ausschließlich Fachleute und keine Politiker vertreten waren, daran gearbeitet, wie man diese Aufschließung am besten durchführen könnte. In dieser Projektgruppe waren Fachleute und Vertreter des Amtes der Kärntner Landesregierung, der Landesplanung, des Straßenbauamtes Villach, ein externes Planungsbüro - DI Kronawetter -, vor allem aber die Fachdienststellen des Magistrates der Stadt Villach tätig. Es ist dieser Gruppe gelungen, der Politik nach nur sechs Monaten ein Ergebnis zu liefern. Das Projekt wird ein Bauvolumen von etwa ATS 260 Mio. bis ATS 300 Mio. haben. In sechs Monaten haben sich diese Fachleute einheitlich zu einem Ergebnis durchgerungen. Dieses Ergebnis

möchte er heute dem Gemeinderat als Antrag zur Kenntnis bringen und diesen um Zustimmung bitten.

Es ist sehr dringend, damit seitens der Stadt Villach die Finanzierungsgespräche weitergeführt werden können. Nur nach erfolgtem Gemeinderatsbeschuß kann man über die weitere Finanzierung sprechen. Es ist aber auch wichtig, da man nach erfolgtem Gemeinderatsbeschuß auch in die Detailplanung gehen kann. Diese Detailplanung obliegt dem Tiefbauamt der Stadt Villach. Federführend ist Stadtrat Pfeiler. In dieser Detailplanung wird es auch um die Lärmbelästigung, um die Schadstoffbelastung und alles, was noch dazugehört, gehen. Auch diese Dinge werden einfließen müssen. Es wird auch um Grundablösen gehen. All das kann erst erfolgen, wenn der Gemeinderat heute dieses generelle Projekt beschließt.

Er möchte es nicht verabsäumen, allen Beamten, die daran mitgearbeitet haben, zu danken. Vor allem möchte er der Planungsabteilung des Hauses, die in dieser Gruppe federführend gearbeitet hat, danken. Er möchte Herrn Baudirektor DI Pühringer, Herrn DI Huber und vor allem auch Herrn DI Pischounig danken. Die Fachabteilungen und die Bediensteten des Hauses haben sich hervorragend eingesetzt und es ist kein Tag vergangen, an dem nicht daran gearbeitet wurde.

Gemeinderat Sobe führt aus, daß er als Vorsitzender des Planungsausschusses der Stadt Villach an diesem historischen Tag - dieses Verkehrstrassenband, das heute beschlossen wird, wird einschneidend und eine wichtige infrastrukturelle Maßnahme für Villach werden - doch etwas ausholen möchte. Es war 1991, als über Initiative des Bürgermeisters der damalige Stadtrat Ing. Truppe aufgefordert wurde, einen Planungsbeirat einzurichten. Es war 1992 derselbe Stadtrat, der eine sehr große Arbeitsgruppe einberief. Hunderte Bürger von Villach, vertreten durch ihre Sprecher - es waren neun Bürgerinitiativen -, Vertreter der Wirtschaft, Vertreter der politischen Parteien, Vertreter der Autofahrerklubs und Vertreter der Behörden waren eingebunden. In zehn Arbeitssitzungen, die doch sehr zeitintensiv waren, wurde drei Jahre hindurch diskutiert, entwickelt und letztendlich wurden einige Konzepte an Trassenbändern für diese Erschließung festgelegt. Es war nach Stadtrat Ing. Truppe Stadtrat Dr. Ertl, der an einem Feinschliff gearbeitet hat, der letztlich im Oktober 1997 schon unter der Stabsführung von Vizebgm. Lang zu einem Beschluß geführt hat, der die Grundlage dieser heute beschlußfähigen Materie ist. Er möchte sich, da er das Glück hatte, bereits drei Planungsreferenten in seiner kurzen Ära zu haben, bei allen dreien recht herzlich für diese auch von ihnen geleisteten Arbeiten bedanken. Er möchte sich herzlich bei den Bürgerinitiativen, bei den Sprechern der Bürgerinitiativen, für ihren Einsatz und auch für ihre Ruhe, die sie bewahrt haben, bedan-

ken. Er möchte sich für die von außen eingebrachte Technikerarbeit von Kermer/Sammer bedanken und für jene von DI Kronawetter. Weiters bedankt er sich bei DI Huber und DI Pischounig.

Abschließend bedankt er sich herzlich bei Bürgermeister Manzenreiter, der seit Oktober 1997 besonderen Druck entwickelt hat, sodaß dem Gemeinderat heute diese beschlußfähige Materie vorgelegt werden kann. Dieser hat bewiesen, daß er nicht nur die Sorgen und Nöte der dort ansässigen Bevölkerung, die vom Verkehr geplagt ist, versteht. Dieser hat auch mit Weitblick auf den Wirtschaftsstandort Villach und auf die zukünftige Entwicklung dieser Stadt Rücksicht genommen und dadurch auch versucht, das Projekt zu beschleunigen.

Der Verkehrsausschuß der Stadt Villach hat mit großer Zustimmung diese Materie beraten und zum Beschluß an den Planungsausschuß der Stadt Villach vorgeschlagen. Der Planungsausschuß der Stadt Villach hat diesen Amtsvortrag einstimmig beraten und dem Stadtsenat vorgeschlagen. Er wünscht sich heute, daß auch der Gemeinderat der Stadt Villach ein einstimmiges Ergebnis zu diesem Amtsvortrag zustandebringt.

Stadtrat Pfeiler freut sich als Baureferent, daß der Gemeinderat nunmehr vor der Beschlußfassung dieses bedeutenden Projektes steht. Sein Vorredner, Gemeinderat Sobe, hat die historische Bedeutung dieses Beschlusses bereits hervorgehoben. Er freut sich, da dieses Verkehrsinfrastruktur-Projekt sicherlich zu den bedeutendsten Bauprojekten der Stadt in diesem ausgehenden Jahrhundert gehört und darüberhinaus natürlich von seiner Wirkung her weit ins nächste Jahrhundert hinein wirken wird. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß man, was Infrastruktur-Projekte der Stadt betrifft, in Villach eine sehr erfolgreiche Entwicklung in den letzten Jahren machen konnte. Ein ähnliches Projekt war die Kläranlage, die 1997 in Betrieb gegangen ist und ein Investitionsvolumen von ATS 500 Mio. beinhaltet hat. Auch das jetzt in der Schlußetappe befindliche Congress Center Villach hat eine große Bedeutung. Diese zwei Projekte und das Infrastruktur-Verkehrsprojekt, das heute beschlossen wird, unterstreichen die vitale Bedeutung für diese Stadt, die dynamische Entwicklung dieser Stadt. Letztlich wird es, wenn es darum geht, daß Villach im Wettbewerb der Standort eintritt, eine neue Qualität und einen neuen Startvorteil geben. Er denkt insbesondere daran, daß mit diesem Aufschließungsstraßen-Konzept auch das Industriegebiet und Ansiedlungsgebiet für den Elektronik-Park Magdalen eine gute verkehrsmäßige Anbindung findet.

Es stimmt, daß dieses Straßenprojekt bereits Ende der 60er Jahre im Gespräch war. Es hat damals einen Generalverkehrsplan gegeben. Was sich bis

zum heutigen Tag aber geändert hat, ist die Bedeutung dieser Straße. War sie damals nur als Umfahrungsstraße geplant, ist sie heute eine sehr wichtige Aufschließungsstraße für aufgrund der Dynamik der Stadt Villach bereits entstandene Industrie- und Gewerbegebiete im Südosten der Stadt. Es hat hier einen Wandel von einer Umfahrungsstraße hin zu einem wichtigen Aufschließungsstraßen-Konzept der Gewerbe- und Industriegebiete in der Triglavstraße, Richtstraße, Maria Gailer Straße und letztlich auch des Großbetriebes Infineon, vormals Siemens, gegeben. Es geht hier in erster Linie darum, den Ziel- und Quellverkehr aus diesem Gebiet in das übergeordnete Straßennetz in Warmbad im Süden bzw. an den Maria Gailer Autobahnan-schluß im Osten heranzuführen.

Die großen Entscheidungen sind bereits 1997 mit dem generellen Projekt gefallen. Heute geht es darum, daß der Gemeinderat nun die Trassenführung im Norden der Stadt, nämlich die Variante 3, noch mitbeschließt. Es ist dies der Teil zwischen der Maria Gailer Straße und der Industriestraße mit dem historischen Moment der fünften Draubücke. Der Gemeinderat soll diese Variante 3, wie sie aus der Nutzwertanalyse des Büros Kronawetter herausgekommen ist, heute beschließen. Diese Variante 3 hat drei wesentliche, große Vorteile. Sie bedeutet eine Parallelführung und eine Entlastung der Maria Gailer Straße und damit auch eine Verbesserung der Lebensqualität in den Wohngebieten Ludwig-Walter-Straße, Burgenlandstraße und Ossiacher Zeile. Es gibt eine verkehrssichere Überquerung der Maria Gailer Straße durch eine kreuzungsfreie Ausführung und letztlich auch eine siedlungsferne Trassenführung, und zwar östlich der biologischen Kläranlage.

Mit der Beschlußfassung dieser Materie - Vizebürgermeister Lang hat bereits darauf hingewiesen - geht dieses Projekt zur konkreten Umsetzung in den Bereich der Bauabteilung und liegt damit auch in seinem politischen Verantwortungsbereich. Nachdem er auch in der Vorphase immer wieder in seiner Funktion als Planungsausschuß-Mitglied in die Vorarbeiten eingebunden war, hat er es nunmehr unmittelbar zum Anlaß gekommen, um im Einvernehmen mit Baudirektor DI Pühringer ein Projektteam einzusetzen - unter der Führung von DI Steinmetz -, das nun umgehend an die wichtigsten Detailplanungen und an die Prioritätenplanung herangeht, wobei es ihm als Baureferent - das sagt er hier mit voller Überzeugung und vollem Herzen - darum geht, daß der Weg der Bürgerbeteiligung, der bei der Planung vorhanden war, jetzt nicht nur weitergegangen wird, sondern auch noch weiter ausgebaut wird. Dieses Aufschließungsstraßen-Konzept hat die große Funktion, auch die Lebensqualität der Menschen in weiten Bereichen im Südosten der Stadt zu verbessern. Das soll nicht nur dadurch geschehen, daß diese Belastungen verlagert werden, sondern es geht auch darum, daß bei der neuen Trassenführung die Interessen und die Lebensqualität der Menschen, die dort leben,

höchstmögliche Berücksichtigung finden, was den Lärmschutz und auch die Emissionsbelastungen anlangt. Es wird eine seiner Hauptarbeiten sein, in Form einer Bürgerbeteiligung die Betroffenen mit einzubinden, damit in den nächsten fünf Jahren ein Projekt umgesetzt werden kann, das auch entsprechend zur Lebensqualität aller Villacher beiträgt. Er ist der Meinung, daß der Gemeinderat mit diesem Beschluß nicht nur eine verkehrspolitische Maßnahme setzt, die in das nächste Jahrhundert hineinreicht, sondern auch eine wirtschaftspolitische. Wie erwähnt, werden hier insgesamt auch ATS 300 Mio. an Aufträgen für die Wirtschaft ausgegeben. Dies ist sicherlich auch ein wichtiger Wirtschaftsimpuls.

Gemeinderat DI Geretschläger stellt fest, daß für alle hier im Gemeinderat - die anwesenden Gemeinderatsmitglieder, die Journalisten und die Besucher auf der Zuschauertribüne - heute sicherlich ein denkwürdiger Tag ist, denn am heutigen Tag, am 23. Juni 1999, wird endlich nach jahrzehntelangen Arbeiten und Planungen die Erschließung der Gewerbegebiete Süd vermutlich einstimmig vom Gemeinderat beschlossen werden. Es ist dies ein historischer Tag; dessen wird man sich auch später noch bewußt sein. Die Variante, die heute beschlossen wird, ist von den früheren Verkehrsreferenten Ing. Truppe und Dr. Ertl bereits in mühsamer Arbeit vorgeplant und vorgearbeitet worden. Sie war jahrelang schon der Wunsch der ÖVP Villach und auch der Wirtschaft. Er bedankt sich hier nochmals bei den Verkehrsreferenten und auch bei Vizebürgermeister Lang, daß dieser die gute Vorarbeit der Referenten Ing. Truppe und Dr. Ertl aufgenommen hat. Sein Dank gilt aber vor allem auch allen Beamten im Magistrat, die hier kiloweise Pläne fabriziert haben und Besprechungen abhalten mußten, bis diese heute zu beschließende Variante endgültig fixiert wurde und nun beschlossen werden kann.

Abschließend möchte er sagen: „Mögen die Bauarbeiten schneller vonstatten gehen, als die Planung.“

Gemeinderat Mag. Haider hält fest, daß er zwei Zusatzanträge zur Erschließung der Gewerbegebiete einbringen möchte. Ein Zusatzantrag betrifft die Oberfeldsiedlung bzw. Eschenbach-Straße. Es geht darum, daß in der Diskussion auch darüber gesprochen wurde, daß diese Straße die Bevölkerung, die dort lebt, schwer treffen wird. Die Leute in der Oberfeldsiedlung und in der Eschenbach-Straße haben immer schon gesagt, daß sie eine Einhausung wünschen. Die Kosten dafür sind selbstverständlich höher. Der Beschluß wird jedoch ohne dieser Einhausung gefaßt werden. Die Detailplanungen werden erst durchgeführt werden. Trotzdem hielte er es für wichtig, wenn man diesen Punkt heute mitbeschließt. Der Zusatzantrag lautet: „Der Gemeinderat möge beschließen: Die Aufschließungsstraße für Ge-

werbegebiete wird im Bereich Oberfeld- bzw. Wolfram-von-Eschenbach-Straße mit einer Einhausung versehen.“

Die Straße geht relativ nahe zur Gail hinunter. Es ist dies ein Gebiet, das Villach eigentlich unter Naturschutz stellen wollte. Dieser Antrag wurde beim Land eingebracht; das Land hat den Antrag abgelehnt. Es ist ein ökologisch wertvolles Gebiet; darüber gibt es keinen Zweifel. Die Begründung des Landes war es, daß das Gewerbegebiet und derartige ökologische Gebiete sich schwer vertragen. Wenn man mit Personen spricht, die sich auskennen, dann sind diese der Meinung, daß es doch möglich wäre. Auch kleinste Nischen sind in der Ökologie nutzbar. Der zweite Zusatzantrag, den er einbringen möchte, ist mit der Bitte verbunden, diese Frage bei der Planung zu berücksichtigen: „Bei der Detailplanung für die Aufschließungsstraße Gewerbegebiete ist die Erhaltung möglichst großer Teile ökologisch wertvoller Biotope anzustreben. Fachleute des Naturschutzes sind bei den weiteren Planungsschritten von Anfang an beizuziehen.“

Er findet es interessant, wenn man sagt, daß eine neue Straße gebaut wird. Es wird der Individualverkehr massiv zunehmen. Trotzdem sagt man, daß es die Lebensqualität der Menschen verbessern wird. Diese Straße wird sicherlich nicht die Lebensqualität der Menschen verbessern, sondern sie wird die Lebensqualität der Villacher sicherlich verschlechtern. Darüber gibt es nicht einmal den geringsten Zweifel. Wenn man nur die Straßen und keine anderen Maßnahmen für die sanfte Mobilität plant - diese sind nicht in Sicht -, dann werden sich nach dem Prinzip der kommunizierenden Gefäße die Straßen in kürzester Zeit alle wieder vollfüllen. Wenn man weiß, daß heute die Umweltbelastung durch den Verkehr massiv zunimmt, daß die CO₂-Werte aufgrund des steigenden Individualverkehrs massiv zunehmen, dann kann man nicht sagen, daß sich die Lebensqualität verbessern wird. Es wird sich verkehrsmäßig dort und da etwas verbessern; die Leute werden schneller dort und da hinkommen. Die Strukturen für den öffentlichen Verkehr werden sich jedoch verschlechtern. Man wird weniger Geld für den öffentlichen Verkehr haben, weil man das Geld für die Straßen braucht. Man sollte das auch so darstellen. Villach ist die siebentgrößte Stadt Österreichs und hat den schlechtesten öffentlichen Verkehr von allen Städten in dieser Größenordnung. Das auf Kosten der Lebensqualität der Bevölkerung.

Warum soll es in der Ludwig-Walter-Straße plötzlich ein geringeres Verkehrsaufkommen geben? Das widerspricht der Sammer-Kermer-Studie. Man muß die Gewerbegebiete erschließen - das war auch immer die Ansicht der Arbeitsgruppen -, aber diese Gebiete sollten so erschlossen werden, weil sie für den Wirtschaftsverkehr notwendig sind. Allerdings gibt es bei allen Straßen das Problem, daß sie gleichzeitig auch den Individualverkehr anziehen.

Aus diesem Grund gab es das ursprüngliche Konzept für eine Stichstraßen-Lösung. Das bedeutet, daß keine Durchzugsstraßen entstehen, sodaß es für den Individualverkehr nicht attraktiv ist, diese Straßen zu benutzen, wohl aber der Wirtschaftsverkehr an die größeren Straßen angebunden werden kann. Aus diesem Grund waren die eigentlichen Konzepte, denen Sammer und Kermer den Vorzug gegeben haben, Stichstraßen-Lösungen und nicht eine durchgehende Südost-Tangente, wie es jetzt der Fall ist.

Es wird seit 1992 darüber diskutiert. Er war damals auch im Planungsausschuß, gemeinsam mit dem damaligen Stadtrat Ing. Truppe und später auch mit Stadtrat Dr. Ertl. Er war damals bei vielen Diskussionsgruppen anwesend. Es sind ausgesprochen gute Papiere beschlossen worden. Es sind die Leitlinien für den öffentlichen Verkehr ausgearbeitet und im Gemeinderat beschlossen worden, öffentlich diskutiert worden, im Planungsausschuß diskutiert worden und in den großen Gruppen diskutiert worden. Diese Leitlinien haben eine Bevorzugung für die sanfte Mobilität ergeben. Das wurde auch beschlossen. Gehandelt wird aber anders. Es sind damals sehr gute Studien von Sammer/Kermer gemeinsam mit den Arbeitsgruppen betreffend ein Maßnahmendiskussions-Konzept erarbeitet worden. Dieses Maßnahmendiskussions-Konzept wurde nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Es wurde nur im Planungsausschuß diskutiert und es wurde kein Beschluß gefaßt. Ein detailliertes Maßnahmenkonzept wurde diskutiert und ausgearbeitet. Es wurde nie im Gemeinderat diskutiert. Im Planungsausschuß wurde es einmal andiskutiert und dann verschoben. Es wurde aber nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Es wurde ein Konzept für den öffentlichen Verkehr erstellt. Es wurde dieses Konzept seines Wissens nie im Planungsausschuß diskutiert, geschweige denn im Gemeinderat - und in der Öffentlichkeit sowieso nicht. Es sind Millionen Schilling dafür ausgegeben worden, aber es hat gewissen Leuten nicht gepaßt, was dabei herausgekommen ist, und man hat darüber nicht diskutiert. Heute spricht man aber von Demokratie. Das ist so undemokratisch für ihn und so entsetzlich, daß er beinahe keine Luft bekommt, wenn er darüber nachdenkt.

Stadtrat Ing. Truppe war nicht imstande, das Maßnahmenkonzept und das ÖV-Konzept zu diskutieren. Vizebürgermeister Lang hat das ebenfalls nicht gemacht. Warum geschieht so etwas überhaupt? Warum ist das überhaupt möglich? Weil man es nicht will. Stadtrat Ing. Truppe wollte es nicht, die ÖVP wollte es nicht, die FPÖ wollte es nicht, die SPÖ wollte es nicht. Folglich ist es nicht gemacht worden. Man gibt Millionen Schilling für Konzepte aus, die nicht einmal in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Das ist unglaublich.

Schuld daran ist auch die politische Struktur in der Gemeinde. Schuld ist, daß es den Proporz gibt. Dadurch gibt es keine Streitkultur. Da gibt es Wahlen, dann gibt es eine Stadtregierung - in dem Fall SPÖ und FPÖ. Diese erstellen kein Regierungsprogramm. Die SPÖ denkt sich: „Das werden wir so machen. Das sagen wir denen gar nicht. Da werden wir sie „legen“. Wir haben ohnehin die Mehrheit.“ Die FPÖ denkt sich: „Wir reden auch nicht darüber. Es wird schon etwas werden. Der Zwang der Zeit kommt.“ Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Der Verkehr nimmt zu. Die Leute in der Ludwig-Walter-Straße und am Tschinowitscher Weg regen sich auf. Zum Schluß kann man sich dann hinstellen und sagen: „Wir lösen die Verkehrsprobleme, indem wir diese Straße bauen.“ Er findet das für die Demokratie entsetzlich, denn es muß einfach möglich sein, daß eine Stadtregierung, wenn sie zur Regierung antritt, eines der wichtigsten Projekte gemeinsam durchdiskutiert und der Öffentlichkeit vorstellt, sodaß auch eine Opposition möglich ist. Es gibt dies nicht. Es gibt eine geradezu entsetzliche Streitkultur und Diskussion zum Thema Verkehr in Villach. Es ist einfach Ostblock-Niveau.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher verliert nochmals die beiden Zusatzanträge der VIG-Fraktion.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, daß der Gemeinderat heute eine sehr wichtige Entscheidung zu treffen hat. Die wichtigste Frage, die ab jetzt zu lösen ist, ist die, in der Detailplanung mit den betroffenen Bürgern zu planen. Das ist die wichtigste Frage, die die Stadt in den nächsten Monaten beschäftigen muß. Er möchte sich sehr herzlich bei allen Referenten bedanken, die hier mitgewirkt haben und die vor allem die nicht immer ganz leichten Gespräche zu führen hatten. Eine offene Planung, eine Planung, die mit den Bürgern gemacht wird, findet immer die unterschiedlichsten Interessen vor. So etwas einigermaßen unter einen Hut zu bringen, ist sicherlich sehr schwierig. Es wird erst dann eine gute Lösung sein, wenn die bestmögliche Lösung für die Umweltfragen und für die neu Betroffenen gefunden wird.

Die Frage, ob sich etwas verbessern oder verschlechtern wird, möchte er anders sehen, als das Gemeinderat Mag. Haider tut. Der Verkehr nimmt - unabhängig davon, was der Gemeinderat hier beschließt - zu. Die Bürger nehmen das Angebot der Wirtschaft, immer mehr Autos zu kaufen, an. Der Verkehr nimmt zu und er nimmt auch in jenen Bereichen zu, in denen man vielleicht etwas mehr für den öffentlichen Verkehr zu tun in der Lage ist, als das aufgrund des Finanzausgleichs-Gesetzes in Städten rund um 50.000 Einwohner der Fall ist. Derzeit gibt es Belastungen ohne Schutz. Man wird nun in der Lage sein, Schutz bieten zu können. Daher ist die Situation seiner Meinung nach dann doch eine wesentlich andere. Es sind in Villach Belastungen vorhanden, die man versuchen muß zu lösen.

Er möchte sich auch den Zusatzanträgen nicht verschließen. Er ist der Meinung, daß die Frage der ökologischen Planung keines Antrages bedarf. Es ist schon im Gesetz geregelt, daß die ökologischen Interessen speziell im Bereich des Gailspitzes mit berücksichtigt werden müssen. Er hat aber soeben ein Gespräch geführt, wie weit es sinnvoll ist, den Antrag auf Einhausung jetzt bereits zu beschließen. Er würde vorschlagen, daß der Gemeinderat beschließt: „Für die Aufschließungsstraße für die Gewerbegebiete muß im Bereich der Oberfeld- bzw. der Wolfram-von-Eschenbach-Straße eine Einhausung geprüft werden. Hochwertige Lärmschutzmaßnahmen sind zu untersuchen, um die bestmögliche Lösung, die auch eine Einhausung sein kann, zu finden.“ Das ist Aufgabe der Detailplanung, denn es ist durchaus möglich, daß man durch eine Einhausung an den beiden Enden eine Situation schafft, die vielleicht für einige Betroffene schlechter ist, als eine andere Lösung. Er ist daher der Meinung, daß eine Einhausung durchaus möglich ist. Die bestmögliche Lösung, die in einer Untersuchung herauskommt, ist mit den betroffenen Bürgern zu besprechen. Der Gemeinderat sollte sich diesbezüglich jetzt nicht mit einem Beschluß über Dinge hinwegschwindeln. Die Detailplanung durch die entsprechenden Techniker hat mit den Bürgern zu erfolgen und die bestmögliche Lösung und der höchstmögliche Schutz ist zu wählen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Vizebürgermeister Lang führt aus, daß selbstverständlich in der Nutzwertanalyse auch die Umweltbelange mit berücksichtigt wurden. Es wurde über Raum, über Umwelt und über Verkehr gesprochen. Die Umwelt ist ihm als Umweltreferent sicherlich ein sehr großes Anliegen. Es wurden auch die Lärmbelästigung, die Schadstoffbelastung und Naturschutzbelange mit eingebracht. Die Variante 3 hat von allen am besten abgeschnitten, weil die Fachleute der Meinung waren, daß diese Variante den Vorzug bekommen soll. Er könnte es sich jetzt als Planungsreferent sehr leicht machen und könnte sagen: „Das ist jetzt von mir weg. Es geht in die Detailplanung und es geht jetzt zu Stadtrat Pfeiler.“ Er wird das nicht tun. Die Sorgen der Anrainer in der Oberfeldstraße und in der Wolfram-von-Eschenbach-Straße sind der Stadt selbstverständlich ein Anliegen. Aus diesem Grund ist er der Meinung, daß der Zusatzantrag von Gemeinderat Mag. Haider sicherlich seine Berechtigung hat. Er freut sich über die Diskussion, die heute aufgekommen ist. Die FPÖ-Fraktion wird diesem Zusatzantrag ihre Zustimmung geben. Diese Einhausung soll geprüft und dann auch umgesetzt werden. Auch dem zweiten Zusatzantrag von Gemeinderat Mag. Haider wird die FPÖ-Fraktion ihre Zustimmung geben. Es soll auch in diesem Bereich der Natur-

schutz nicht zu kurz kommen, sondern es sollen die wertvollen ökologischen Gebiete erhalten bleiben.

Er möchte sich an dieser Stelle bei den Referenten vor ihm bedanken. Gemeinderat DI Geretschlager hat den Wunsch geäußert, daß die Bauzeit schneller vonstatten gehen möge, als die Planungszeit. Die Planungsreferenten haben sich bemüht. Er hat es jetzt nach zweijähriger Arbeit doch so weit gebracht, daß heute der Beschluß gefaßt werden kann.

Bürgermeister Manzenreiter schlägt vor, den Zusatzantrag von Gemeinderat Mag. Haider abzuändern. Der Antragstext sollte lauten: „Für die Aufschließungsstraße Gewerbegebiete im Bereich der Oberfeld- bzw. der Wolfram-von-Eschenbach-Straße sind hochwertige Lärmschutzmaßnahmen zu untersuchen, um die bestmögliche Lösung, die auch in Form einer Einhausung errichtet werden kann, zu finden.“

Gemeinderat Mag. Haider ist mit dieser Abänderung einverstanden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimme der VIG-Fraktion):

Das generelle Projekt - **Aufschließung der Gewerbegebiete - Variante 3** in Entsprechung des generellen Projektes 1999, Plan-Nr: GP99-LP-4.1/4.2/6.1/6.2, mit den zugehörigen **Radwegen** zwischen **Karawankenweg und Maria Gailer Straße** sowie zwischen **Gailberme und Radweg R 1**.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Zusatzantrag die Zustimmung zu erteilen:

„Bei der Detailplanung für die Aufschließungsstraße Gewerbegebiete ist die Erhaltung möglichst großer Teile ökologisch wertvoller Biotope anzustreben. Fachleute des Naturschutzes sind bei den weiteren Planungsschritten von Anfang an beizuziehen.“

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Zusatzantrag die Zustimmung zu erteilen:

„Für die Aufschließungsstraße Gewerbegebiete im Bereich der Oberfeld- bzw. der Wolfram-von-Eschenbach-Straße sind hochwertige Lärmschutzmaßnahmen zu untersuchen, um die bestmögliche Lösung, die auch in Form einer Einhausung errichtet werden kann, zu finden.“

Pkt. 5.) Grundankauf durch die Stadt Villach von der
Raiffeisenbank Landskron/Gegendtal reg.
GenmbH (Gst. 267/2 und 268/2, KG St. Rup-
recht)

Stadtrat Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der
Baudirektion vom 19.5.1999, Zl.: 730/1-920 Re/Wie.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Ankauf der Grundstücke 267/2, KG 75442 St. Ruprecht, EZ 50 im Aus-
maß von 656 m² und 268/2, KG 75442 St. Ruprecht, EZ 50 im Ausmaß von
726 m² - Gesamtausmaß 1.382 m² - zu einem Gesamtpreis von
ATS 1,550.000,-- von der Raiffeisenbank Landskron/Gegendtal reg.
GenmbH, Ossiacher Straße 26, 9523 Villach-Landskron unter Berücksichti-
gung der folgenden, im Vorvertrag enthaltenen Bedingungen zu genehmigen:

1. Die Raiffeisenbank Landskron/Gegendtal reg. GenmbH, Ossiacher Straße
26, 9523 Villach-Landskron verkauft und übergibt und die Stadt Villach
kauft und übernimmt das Grundstück 267/2, KG 75442 St. Ruprecht, EZ
50 im Ausmaß von 656 m² und das Grundstück 268/2, KG 75442 St.
Ruprecht, EZ 50 im Ausmaß von 726 m² - Gesamtausmaß 1.382 m² -
nach Maßgabe des Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
2. Die Stadt Villach verpflichtet sich zur Zahlung eines Bruttopauschalprei-
ses von

ATS 1,550.000,--

in Worten: einemillionfünfhundertfünfzigtausend Schilling

Der Verkaufspreis ergibt sich aus folgender Bewertung:

1.382 m² x ca. ATS 1.121,563 = ATS 1,550.000,--

3. Der im Punkt 2. berechnete Kaufschilling wird fällig sobald der beider-
seits grundbuchsfähig unterfertigte Kaufvertrag vorliegt, die Freilas-
sungserklärungen der allfälligen Buchberechtigten beigebracht sind und

der Ranganmerkungsbeschluß über die beabsichtigte Veräußerung vorliegt und zwar innerhalb eines Monats nach Vorliegen dieser Unterlagen.

4. Der Verkäufer haftet dafür, daß das Kaufobjekt von bürgerlichen und außerbürgerlichen Lasten sowie von etwaigen Benützungsrechten dritter Personen frei ist - mit folgender Ausnahme: Bei der kaufgegenständlichen Liegenschaft ist das Grundstück 268/2 belastet mit der Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens gemäß § 5 des Kaufvertrages vom 11.06.1986 für das Grundstück .71 und 270/2 der EZ 334 Grundbuch 75442 St. Ruprecht (C-LNR 1 a).
Der aktuelle Grundbuchstand ist den Vertragsteilen bekannt.
5. Die Vertragspartner erklären für sich und ihre Rechtsnachfolger, daß durch diesen Vorvertrag sämtliche Entschädigungsansprüche erfaßt sind.
6. Den Kaufvertrag erstellt die Rechtsabteilung der Stadt Villach. Die Kosten der Vertragserstellung, die Grunderwerbssteuer und die Eintragungsgebühr werden durch die Käuferin getragen.
7. Von den Vertragsteilen wird einvernehmlich festgestellt, daß die vereinbarte Gegenleistung ihren wirtschaftlichen Vorstellungen und Interessen entspricht und daß somit keinerlei Gründe für eine Anfechtung dieses Rechtsgeschäftes wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes im Sinne des § 934 ABGB gegeben sind. Die Vertragsteile verzichten auch darauf, diesen Vertrag wegen Irrtums anzufechten.
8. Dieser Vorvertrag wird für den Verkäufer mit seiner Unterschrift und für die Stadt Villach durch die darauffolgende Annahme im Gemeinderat rechtsverbindlich.
Die Bindung für die Raiffeisenbank Landskron/Gegendtal reg. GenmbH, Ossiacher Straße 26, 9523 Villach-Landskron und die Stadt Villach erlischt, wenn bis zum 30.06.1999 kein Beschluß durch den Gemeinderat der Stadt Villach erfolgt.
9. Zur Entscheidung aller aus diesem Vorvertrag etwa entspringenden Rechtsstreitigkeiten ist im bezirksgerichtlichen Verfahren das Bezirksgericht Villach zuständig.

Der Ankauf erfolgt zu Lasten folgender VASSt.:

VASSt. 5/8400/001000.2	1.325 m ²	ATS 1.486.070,91
VASSt. 5/6120/001000.8 (öffentliches Gut)	<u>57 m²</u>	<u>ATS 63.929,09</u>
	1.382 m ²	ATS 1.550.000,00

Pkt. 6.) Haus des Feierabends - Gebühr für die Be-
nützung der Münzautomat-Waschmaschine

Stadtrat Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der
 Dienststelle Sozialwesen vom 26.5.1999, Zl.: IB/S-Ro.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

die Gebühr für die Benützung der Münzautomat-Waschmaschine im städti-
 schen Seniorenwohnheim „Haus des Feierabends“ mit ATS 7,00 (EUR 0,51)
 pro Waschgang festzusetzen.

Keine MWSt., da unecht befreit (Sozialbereichsbeihilfen-Gesetz).

Pkt. 7.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht)
und Anträge

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß ein selbständiger Antrag von Frau Gemeinderätin Sacherer (ÖVP) betreffend „Objektive Information im Mitteilungsblatt“ vorliegt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

a) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion -
Änderung der Villacher Parkgebührenverordnung

Bürgermeister Manzenreiter verliest den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion vom 23.6.1999.

Er hält fest, daß in der letzten Gemeinderatssitzung bereits ein Antrag der SPÖ-Fraktion eingebracht wurde, in dem die Parkzeit mit drei Stunden und verschiedene weitere Maßnahmen festgelegt werden. Er ist der Meinung, daß das eine Lösung sein kann und sein wird, die man im Gemeinderat hoffentlich gemeinsam beschließen wird. Zu dem Antrag, daß die Gebührenpflicht in den Kurzparkzonen der Villacher Innenstadt an Samstagen aufgehoben wird, ist festzuhalten, daß er sich massiv dagegen aussprechen muß, da er der Meinung ist, daß eine generelle Aufhebung der Gebührenpflicht dazu führen würde, daß - diese Ängste sind vom Vorstand der Innenstadtkaufleute VIP ihm gegenüber geäußert worden - in der Früh alles von den Leuten vollgeparkt wird, die hier arbeiten. Die VIP spricht sich dafür aus, frühestens ab 10.00 Uhr ein Gratisparken an Samstagen zu ermöglichen. Man sollte in Gesprächen den Antrag der SPÖ-Fraktion und den Antrag der ÖVP-Fraktion harmonisieren - gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, gemeinsam mit den VIP-Kaufleuten. Er empfiehlt daher, diesem Antrag die Dringlichkeit zu versagen und ihn zu einem Antrag zu machen, der der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in den Ausschüssen zugeführt wird.

Gemeinderat DI Geretschlager hält fest, daß die ÖVP-Fraktion damit einverstanden ist.

Der Antrag wird somit der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter den Mitgliedern des Jugendrates dafür, daß diese in so großer Zahl und so lange an dieser Sitzung teilgenommen haben, und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.55 Uhr

Der Protokollführer:

Karin Wernig

Der Bürgermeister:

Helmut Manzenreiter

Der Protokollprüfer:

GR Günther Goach

GR DI Günther Geretschläger